



Einleitung. Seit meinem 20. Lebensjahr beschäftige ich mich mit Landesgeschichte, also der Geschichte des Landes Schleswig-Holstein und der Territorien, die vor Entstehung des Bundeslandes im Gebiet nördlich der Elbe bis zur Nordgrenze des alten Herzogtums Schleswig bestanden haben. Im Folgenden möchte

ich mich ganz aus meiner subjektiven Sicht – ich schreibe dies als ein 1948 geborener und seit 1967 politisierter Mensch – zu der Entwicklung des Faches äußern. „Landesgeschichte“ verstehe ich nicht im alten Sinne als historische Entwicklung einer genau umgrenzten politischen Einheit, sondern als Regionalgeschichte mit enger, historisch sich wandelnder Verzahnung mit dem Umland – also so, wie im Arbeitskreis für Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins das geografische Arbeitsgebiet umrissen und der Vergleich mit benachbarten Regionen angestrebt wird. (Die heutige Polemik gegen Landesgeschichte kann ich nur zu sehr kleinen Teilen nachvollziehen – und zwar dann, wenn Landesgeschichte zur bloßen Affirmationswissenschaft für einen erreichten Status quo der Territorialentwicklung dient). Für mich kann also Hamburg nicht in idiotischer Trennung von Holstein, das es erst in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts von holsteinischer Seite anerkannt und 1648 staatsrechtlich (im Friedensvertrag von Münster und Osnabrück) verlassen hat, betrachtet werden, sondern gehört über lange Zeit seiner Entwicklung einfach zu Holstein – es war in seiner politischen Eigenständigkeit als Reichs- und Freie Stadt und ist als Metropole des Nordens äußerst vielfältig mit seinem nördlichen Nachbarterritorium verbunden geblieben. Ich beziehe aber auch Lübeck (und sein Territorium) trotz seiner Sonderentwicklung als Reichsstadt seit 1226 in die Landesgeschichte ein – ebenso wie das erst 1559 eroberte Dithmarschen oder das erst 1815 durch Tausch an den dänischen (Rest-)Gesamtstaat gekommene Herzogtum (Sachsen-)Lauenburg.

Ich möchte im Folgenden Bemerkungen zu den beiden Komplexen

- Reflexion über die geschichtspolitische und erkenntnismäßige Entwicklung der Landesgeschichtsforschung und
- Einschätzung des Wandels in der Geschichtsvermittlung machen.

Landesgeschichtsforschung. Die Voraussetzungen für die universitär verankerte Landesgeschichtsforschung liegen in der Annexion der Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg im Jahre 1867 durch Preußen. Nach einer Zeit rascher Modernisierung der eher rückständigen Elbherzogtümer und zunehmender Akzeptanz der Zugehörigkeit zu Preußen in der Bevölkerung insbesondere nach 1871 kam es (verstärkt nach der Inszenierung der Gedenkfeiern zur sogenannten „Schleswig-Holsteinischen Erhebung“ im Jahre 1898) zu intensiven Diskussionen um die geschichtswissenschaftliche Bearbeitung der Territorialgeschichte der Provinz. Mehrere Aktivitäten waren dem

Klaus-J. Lorenzen-Schmidt Paradigmenwechsel in der schleswig-holsteinischen Landesgeschichtsschreibung und Geschichtsvermittlung 1945-2009¹

¹ Der nachfolgende Text stellt eine Version des von mir frei Vorgetragenen beim Gedenk-Kolloquium für Manfred Jessen-Klingenberg am 20. November 2009 dar. Der Charakter des Vortrags bleibt in der Ausarbeitung erhalten. Auf Anmerkungen wurde weitgehend verzichtet.

vorausgegangen: Die bereits in der Zeit der staatlichen Verbindung mit Dänemark gegründete Gesellschaft für Schleswig-Holstein-Lauenburgische Geschichte gab seit 1870 ihre Zeitschrift heraus; 20 Jahre darauf wurde die für die „Heimatgeschichte“ relevante Zeitschrift „Die Heimat“ begonnen. Über allem aber schwebte die 1898 noch einmal wirkungsvoll inszenierte antidänische Haltung der Holsteiner und Südschleswiger. Das war die Inkubationszeit der universitären Landesgeschichte, führte allerdings zunächst nicht zu einer dauerhaften institutionellen Verankerung als Universitätsfach. Damit lag Schleswig-Holstein im Trend, denn die Beschäftigung mit der Geschichte der einzelnen Bundesstaaten des Deutschen Reichs stellte durchaus eine Legitimationswissenschaft dar: In den kleineren Territorien des Reiches diente sie der Selbstvergewisserung und der Untermauerung des Selbständigkeitsanspruches gegenüber Preußen als dem Hegemon des Reiches; in Preußen stellte die brandenburgisch-preußische Geschichtsschreibung hingegen ein wichtiges Element der historischen Rechtfertigung der eigenen Vormachtstellung dar. Dass preußischerseits in begrenztem Umfang auch die Landesgeschichte der einzelnen ererbten, eroberten und annektierten Territorien zugelassen wurde, hatte etwas mit der Überwindung der vielerorts spürbaren antipreußischen Ressentiments zu tun. Landesgeschichte sollte historisch aufzeigen, dass der Weg zur preußischen Provinz quasi weltgeschichtlich vorgezeichnet war – ein Motiv, das auch in der Landesgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg in gewandelter Zielrichtung (nun: das Bundesland Schleswig-Holstein als Endprodukt der „Vernunft der Geschichte“) aufscheint.

Der Durchbruch für das Universitätsfach Landesgeschichte wurde dann in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg und den Friedensbedingungen von Versailles erreicht. Der Antidanismus, der sich im Kampf um das schleswigsche Abstimmungsgebiet und dem Verlust von Nordschleswig manifestierte, war ein kräftiger Schub für die universitäre Landesgeschichte. Man war ja jetzt aufgefordert, die nationalistischen Forderungen aus der Zeit des Vormärz und des Sezessionskrieges gegen Dänemark erneut gegen den nordischen Nachbarstaat in Stellung zu bringen und gegen jede Teilung der alten Herzogtümer (sei es voneinander, sei es in sich) zu polemisieren. Die Phantasien von politischer und ökonomischer Übermächtigung durch das Königreich Dänemark erfreuten sich fröhlicher Auferstehung. Da brauchte man hinreichende ideologische, am besten geschichtswissenschaftlich und durch universitäre Lehre abgesicherte Munitionierung für die „Heilung“ der „offenen Wunde Nordmark“. So kam es zur Einrichtung des landesgeschichtlichen Lehrstuhls an der Universität Kiel, den ab 1924 Otto Scheel innehatte, nachdem zunächst Otto Brandt (Verfasser einer über Gebühr lange in Gebrauch gewesenen kurzen „Geschichte Schleswig-Holsteins“²) mit einem Lehrauftrag für das Fach beschäftigt worden war.

Es ist nicht weiter verwunderlich, dass sowohl die universitäre Landesgeschichte wie die landesgeschichtlichen Vereinigungen der Ideologie des Nationalsozialismus ziemlich umstandslos aufsaßen.

² Dieses Werk wurde nach dem frühen Tod Otto Brandts von seinem Schüler Wilhelm Küver weiter herausgegeben: Otto Brandt und Wilhelm Küver, Geschichte Schleswig-Holsteins. Ein Grundriss, Kiel 6. Aufl. 1966 – es sind acht Auflagen erschienen.



Die Involvierung in den Nationalsozialismus des gesamten Historischen Instituts, damit auch des landesgeschichtlichen Lehrstuhls, der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte und der anderen geschichtswissenschaftlichen Vereinigungen (insbesondere auch der stadtgeschichtlichen Gesellschaften in Lübeck, Kiel und Flensburg) sind bislang nur unzureichend untersucht.³

Das vollständige Scheitern des Nationalsozialismus und seine verbrecherische Politik blieben auch für die Landesgeschichte nicht ohne Folgen. Selbstverständlich finden wir hier wie in allen anderen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens auch eine große Bereitschaft, sich von Fehleinschätzungen und Fehlverhalten der jüngsten Vergangenheit zu distanzieren und eine exkulative Haltung einzunehmen. Folgt man den Ausführungen der sich selbst reinwaschenden und von zumeist Gleichgesinnten reingewaschenen Nationalsozialisten nach der Kapitulation im Mai 1945, dann waren es ja stets irgendwelche „anderen“, die dem Nationalsozialismus zugestimmt hatten; die Rede von „Hitler und seinen Paladinen“ verschleierte für die ersten Nachkriegsjahrzehnte die begeisterte Zustimmung zum Nationalsozialismus und die willige Gefolgschaft in Rassenhass und Krieg der übergroßen Mehrheit der Deutschen – und selbstverständlich auch der Schleswig-Holsteiner; denn sie hatten mit ihrem Wahlverhalten bereits vor 1933 mehrheitlich gezeigt, dass sie bereit waren, einem zutiefst chauvinistischen, revanchistischen und rassistischen politischen Projekt zu folgen.

So auch an der Kieler Universität, am Historischen Institut und am Lehrstuhl für Landesgeschichte, den bald schon Alexander Scharff (selbst in „günstiger“ Zeit überzeugter Nationalsozialist,

Das vollbesetzte Auditorium beim Ehrenkolloquium für Manfred Jessen-Klingeborg (*1933, †2009) am 20. November 2009 im Vortragssaal des Prinzenpalais'. (Bildnachweis: Hauke Hansen/Kiel)

3 Für das Historische Seminar siehe jüngst C. Cornelißen, Das Kieler Historische Seminar in den NS-Jahren, in: *Wissenschaft an der Grenze. Die Universität Kiel im Nationalsozialismus*, hrsg. v. C. Cornelißen und C. Mish, (Essen 2009), S. 229-252. Die Rolle der GSHG zwischen 1918 und 1945 hat Lena Cordes in ihrer von Oliver Auge betreuten Kieler Staatsexamensarbeit untersucht; siehe auch ihren Beitrag in diesem Band, S. 97ff.

Rechte Seite: Gewohnt launig, selbstironisch und pointiert umriss der Hauptreferent des Abends, Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt, die historiografischen Entwicklungen im Bundesland Schleswig-Holstein im Sinne einer teilnehmenden Beobachtung. (Bildnachweis: Hauke Hansen/Kiel)

aber mit einer nachträglich korrigierten Vita als „Gegner“ des Systems) seit 1952 innehatte.

Die Nachkriegszeit war geprägt von einer starken Ambivalenz: Indigenat (Eingeborenenschaft) – über lange Zeit ein nahezu unabdingbares Qualitätsmerkmal für „echte“ Landeshistoriker (obwohl schon Otto Brandt kein Landeskind war) – stand nun gegen die neue, von den veränderten nationalen und internationalen Bedingungen geforderte Weltoffenheit und Weltläufigkeit. Dieses Dilemma hat sich auch jenseits der Anforderungen der unmittelbaren Nachkriegszeit und Rekonstruktionsperiode der beiden deutschen Staaten erhalten. Denn je stärker jemand in den „heimatlichen“ Bindungen verstrickt ist, desto eher fehlt ihm oft genug der Blick „über den Teller rand“ und eine gewisse Außensicht der Dinge – vor allem der strukturelle Vergleich.

Die Zeit von 1945 bis 1954 stellt so in gewisser Weise die Rückgewinnung der Normalität dar. Dabei versuchte die Landesgeschichte ihre nationale Ausrichtung (natürlich in zeitgemäß abgemilderter Form – schließlich gehörte Dänemark zu den Besatzungsmächten in Schleswig-Holstein) bei gleichzeitiger Verdrängung der nationalsozialistischen Vergangenheit zu reetablieren. Alexander Scharff gehörte zu denjenigen, die nun die Frage des nationalen Konflikts zwischen Dänen und Deutschen im Schleswig des 19. Jahrhunderts ohne allzu heftige nationale Polemik, also „streng geschichtswissenschaftlich“ weiterbearbeiteten. Die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte machte den zweiten Anlauf, eine „Große Landesgeschichte“ auf den Weg zu bringen, nachdem die ersten noch in den 1930er Jahren erschienen Lieferungen wegen allzu starker nationalsozialistischer Infizierung eingestampft worden waren. Der Neuanfang konnte sich, da es kein neues Autorenpersonal gab, selbstverständlich nur bedingt vom völkisch-nationalsozialistischen Erbe trennen. Der „Schleswig-Holsteinische Heimatbund“ entstand als Erbe des scharf antidänischen „Schleswig-Holsteiner Bundes“ und tat obenhin so, als machte man einen nationalen und landesgeschichtlichen Neuanfang – verbreitete jedoch in Wirklichkeit weiterhin nationalistische Parolen, vor allem nach innen, in den in den 1950er Jahren in größerer Zahl entstehenden Kreisheimatverbänden. Er verfolgte auch eine andere Schiene als die der strengeren Geschichtswissenschaft verpflichteten Organisationen: Mit der Schaffung eines „Schleswig-Holsteinismus“, also eines Schleswig-Holsteiner-Gefühls, wollte er eine Antwort auf die Herausforderungen des Bevölkerungswandels durch die Flüchtlinge aus dem ehemals deutschen Osten und der nachfolgenden Heimatvertriebenen geben: Integration bei Integrationswilligkeit, aber Abgrenzung bei allzu starker Beharrung auf der Fremdheit.

Die Phase von 1954 bis 1967 stellt dann eine Neuorientierung der Landesgeschichte im Zuge der Normalisierung der deutsch-dänischen Beziehungen (fixiert durch die Bonn-Kopenhagener Erklärung) dar. In dieser Zeit war es wiederum Alexander Scharff als Lehrstuhlinhaber, der den Ton bestimmen konnte. Er erwies sich als



produktiver Historiker mit vielen Schülern, die lange Zeit in der schleswig-holsteinischen Landesgeschichtsschreibung dominierend waren. Sein Weg führte ihn als geläuterten Nationalsozialisten (auch da stand er nicht allein) vom reinen Erforscher der „Schleswig-Holsteinischen Erhebung“ zu einem differenziert argumentierenden Nationalismusforscher, dessen Ergebnisse für manche Bereiche der Politik- und Verfassungsgeschichte des 19. Jahrhunderts Bestand haben. Wichtig war ihm – das kann man auch als Zeichen mentaler Wendigkeit sehen – die Entemotionalisierung des landesgeschichtlichen Diskurses mit der dänischen Geschichtsschreibung. Allerdings konnte er seine Herkunft als nationalistisch geprägter Historiker nicht verleugnen. In seinem Beitrag zum sogenannten „Territorien-Ploetz“⁴ liest sich die Geschichte des Bundeslandes durchaus teleologisch: Alles, was das Werden Schleswig-Holsteins in seiner heutigen Form (mitgedacht selbstverständlich das an Dänemark verlorene Nordschleswig) störte, musste ausgeschaltet werden. So erscheinen Slawen und Dänen als Feinde; auch die Dithmarscher mussten sich schließlich der weltgeschichtlichen Vernunft beugen; ebenso später ganz natürlich die Lauenburger. Hingegen erweisen sich Caspar von Saldern und Otto von Bismarck als nützliche Werkzeuge des Weltgeistes. So zeigt sich Scharff doch als einer älteren Schicht der Landesgeschichtsforschung eng Verbundener. Dass ihm Fragen nach der Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgeschichte des Landes fremd blieben, steht außer Zweifel. Erst sehr spät (um 1980) begann er, sich für sie zu interessieren, ohne dass er sie noch in seine publizierten Forschungsergebnisse integrieren konnte.

Die Geschichtsgesellschaft (GSHG) orientierte sich stark an den Bewegungen der universitären Geschichtsforschung; von dort kamen ja auch die meisten Autoren der Publikationen und das Gros des Führungspersonals. Eigenständige Impulse konnten also von hier nicht ausgehen. Immerhin sah sie sich dank einer Reihe schreibwilliger Autoren in der Lage, die „Große Landesgeschichte“ voranzutreiben.

Die kleine Kulturrevolution, die mit der Studentenrevolte ab Juni 1967 ausbrach, wurde auch in Kiel wahrgenommen und vorangetrieben: „links“ und „sozialistisch“, wenn nicht gar „kommunistisch“ wurden Mode. Dahinter verbarg sich aber der Wunsch nach einerseits dem Bruch mit der verlogenen Haltung zur jüngsten deutschen Geschichte und der neuen hegemonialen Rolle des USA für die „westliche Welt“, andererseits nach kontingenter Weltbetrachtung und -erklärung: Modefächer wurden Soziologie, Politologie, Psychologie (darin vor allem die Psychoanalyse, also die Lehren von Sigmund Freud und seiner Epigonen wie Weiterentwickler). Je stärker historisch argumentiert wurde, also die Geschichtlichkeit der gegenwärtigen Zustände thematisiert wurde, desto mehr rückte auch das Fach Geschichte in den Blickpunkt des Interesses. Marxismus und Strukturalismus stellen nur zwei Pole der Auseinandersetzungen dar. Die starke Hinwendung der „bewegten“ Studentenschaft zur Arbeiterbewegung und damit vor allem auch zu ihrer Geschichte führte

⁴ A. Scharff und M. Jessen-Klingenberg, *Geschichte Schleswig-Holsteins. Ein Überblick*, Freiburg 5. erw. Auflage 1991.

zu vermehrtem Interesse an Themen, die im universitären Lehrangebot überhaupt nicht vertreten waren: Sozial- und Politikgeschichte seit der Kaiserzeit mit allen Implikationen für die Geschichte der Modernisierung, des wirtschaftlichen und sozialen Wandels bis hin zu den jüngsten Wirtschaftskrisen nach der beispiellosen Wohlstandsoffensive der 1950er und 1960er Jahre.

A. Scharffs Nachfolger auf dem Lehrstuhl für Landesgeschichte Christian Degn (1972-1976), nach eigenem Bekunden als Student, Referendar und Studienrat an der Nationalpolitischen Erziehungsanstalt (Napola) Plön „glühender Nationalsozialist“, hatte – ganz im Gegensatz zu Scharff – als Geograph auch einen Zugang zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Das kann man an seinem publizistischen Werk sehr gut ablesen.⁵ Auch wenn Degn klare antidänische Positionen in den meisten seiner Veröffentlichungen vermied – sie waren angesichts der Normalisierung des Verhältnisses zu Dänemark ja gar nicht mehr möglich –, finden sich im Spätwerk doch wieder sehr subtile Rückgriffe auf das Instrumentarium des Nationalismus. Man braucht nur die einschlägigen Texte in seinem „Schleswig-Holstein Atlas“⁶ zu lesen, um zu wissen, wie Degn den nationalen Konflikt des 19. Jahrhunderts interpretierte: streng vom deutsch-nationalen Standpunkt aus und unter steter Abwertung der „irrationalen“ dänischen Positionen.

Sein Intermezzo war kurz und wurde im Lande vielfach als späte Belohnung für einen verdienten Konservativen gedeutet. Die CDU-Landesregierung, die selbstverständlich schon damals hinter den Kulissen der Universitätsautonomie ihre Wünsche durchzusetzen verstand, hatte zu dieser Zeit noch guten Rückhalt im Lehrkörper der CAU. In den vier Jahren seines Wirkens konnte Degn kaum noch wesentliche Dinge anschieben, geschweige denn durch gezielte Dissertationsthemenvergabe landesgeschichtliches Neuland erschließen.

Sein Nachfolger als Lehrstuhlinhaber wurde Erich Hoffmann, ein nackter Positivist, aber wie immer in solchen Fällen: mit einem ganzen Sack voller subkutan weitergereicherter geschichtlicher Vorurteile in der Hinterhand. Auch er war sicher ein Wunschkandidat der CDU-geführten Regierung, war er doch als Mitglied der Regierungspartei und deren Propagandist hervorgetreten. Der Studentenbewegung und der Wahrnehmung eines politischen Mandats der Studentenvertreter trat er mit der apodiktischen Äußerung entgegen: „In Kiel wird studiert und nicht demonstriert!“ In seiner mit 18 Jahren relativ langen Amtszeit blieb er selbst geschichtspublizistisch äußerst aktiv und regte eine ganze Reihe seiner Schüler zu Dissertationen und Habilitationsschriften an, die ganz überwiegend im Bereich der Landesgeschichte lagen. Allerdings scheiterte er spät an den geänderten politischen Verhältnissen im Lande: Das von ihm angeschobene „Institut für Landesgeschichte“ wurde in Rivalität zu anderen Projekten (siehe unten) nicht mehr realisiert – zum Leidwesen einiger seiner Schüler, die sich dort Lebenszeitstellungen erhofft hatten.

⁵ Besonders lesenswert sind nach wie vor seine Abschnitte in der Geschichte Schleswig-Holsteins, hrsg. im Auftrag der GSHG von Olaf Klose, Band 6: Die Herzogtümer im Gesamtstaat 1721-1815, Neumünster 1960, sowie sein auch für ein Laienpublikum gut lesbares Werk über „die Schimmelmanns im atlantischen Dreieckshandel. Gewinn und Gewissen“, Neumünster 1974.

⁶ C. Degn, Schleswig-Holstein. Eine Landesgeschichte. Historischer Atlas, Neumünster 1994.

Für die Vermittlung von landeshistorischen Erkenntnissen gab es vor 1975 überhaupt nur die Schule (vermittelt über die universitäre und hochschulgestützte Lehrerbildung) und vereinzelte Publikationen, unter denen die Zeitschrift und die Monographienreihe der GSHG die kontinuierlichsten Angebote waren. Wer die ZSHG nicht lesen wollte, war auf Freibankerzeugnisse wie das dem SHHB zugehörige „Schleswig-Holstein“ angewiesen oder konnte sich (aber doch eher klein-klein) in der „Heimat“ orientieren. Die in den 1920er Jahren als (von der GSHG) sezessionistische Unternehmung mit stark interdisziplinärem Charakter gegründete Zeitschrift „Nordelbingen“ war schon nach ihrem wirtschaftlichen Niedergang in den 1930er Jahren und der Übernahme durch die GSHG immer stärker auf ein rein kunsthistorisches Periodikum mit entsprechend kleinem Leserkreis reduziert worden. Insgesamt gab es außer in den Kreisheimatjährbüchern (in dem damals wie heute ganz überwiegend Laien für Laien schreiben) und „Schleswig-Holstein“ keine Öffnung für ein breiteres Publikum. Zwar nahmen seit 1976 Versuche, öffentlichkeitswirksamer zu schreiben und zu publizieren (vor allem nach Vorbildern in Dänemark) zu – die Resultate blieben aber bis heute eher bescheiden.

Unterlagert wurde die landesgeschichtliche Entwicklung der Jahre 1970–1990 vom Aussterben der Täter und Mitläufer der nationalsozialistischen Periode sowie der Verschweiger dieser Phase in der nationalen wie der Landesgeschichte. Neue Forschungsfelder, die sich seit der Studentenrevolte zunächst kaum bemerkt entwickelt hatten, wie die Wirtschafts- und Sozialgeschichte und ihre Partnerdisziplinen mit Volkskunde, historischer Geographie, Soziologie, wissenschaftlicher Museologie, dann aber speziell auch mit der Arbeiterbewegungsgeschichte (passend zur politischen Dominanz von Sozialdemokratie und Sozialliberalismus), machten sich bemerkbar. Hinzu kam die Ausstrahlung der „Holocaust“-Serie im Fernsehen 1979, die nun erstmals und zum Erstaunen der Überlebenden doch noch zeigte: Die Legende von „Hitler und seinen Paladinen“ zog nicht mehr – der deutsche Faschismus war breit verankert und hatte eine Mehrheit in der deutschen Bevölkerung. Das schuf auch eine emotionale Öffnung für eine Aufarbeitung der dunklen Seiten der jüngsten deutschen Geschichte für die zunächst relativ uninteressierten Nachgeborenen.

Im Lande kam es (nach einer etwa zweijährigen Vorbereitungszeit) 1978 zur Bildung des Arbeitskreises für Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins, auch als Antwort auf die relative Rückwärtsgewandtheit und Forschungsferne der GSHG und des mit ihr eng kooperierenden Landesgeschichtslehrstuhls, aber auch deren institutionelle Abschirmung gegen neue Ideen und Ansätze. Die Gründer setzten auf Selbstorganisation der jüngeren Forschungsaktivisten. Ihr Ziel war und ist es, gemeinschaftlich und hierarchiefrei Basiselemente in der historischen Entwicklung zu erforschen, Strukturen zu erkennen und den „kleinen Mann“ in den Mittelpunkt historischer Betrachtungen zu stellen.

Da dieser Arbeitskreis von vielen, vor allem jüngeren mit der Landesgeschichte befassten Historikern, Volkskundlern, Geografen und Museologen als echte Alternative zum vorherrschenden Betrieb angesehen wurde, traten ihm auch eine Reihe von (jüngeren) Forschern bei, die sich eigentlich nicht so sehr mit sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Themen befassten, sondern sich eher der Erforschung des Nationalsozialismus im Lande verschrieben hatten. Als dann die – hier unter dem Einfluss des Arbeitskreises agierende – GSHG der Landesregierung die Durchführung einer großen Landesausstellung aus Anlass der 50. Wiederkehr des Tages der Machtübergabe an den Nationalsozialismus vorschlug (Konzeption: Peter Wulf) und die CDU-geführte Landesregierung dies ablehnte, stand der Arbeitskreis vor dem Problem, dass sich in seinen Reihen mehrere NS-Forscher fanden, die auf verstärkte Beschäftigung mit Projekten der Geschichte des Nationalsozialismus drängten. Da die Hauptprotagonisten der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte das eher für eine Verengung hielten, entstand die Idee, analog zum Arbeitskreis einen Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein zu gründen. Das geschah 1984 unter Kreation des Namens Kürzels AKENS; der AKENS hat sich in den 30 Jahren seines Bestehens als feste Größe in der Geschichtslandschaft etabliert und liefert mit seinen „Informationen zur Zeitgeschichte Schleswig-Holsteins“ (früher AKENS-Info) kontinuierlich Resultate zur besseren Kenntnis der Periode 1933-1945 sowie ihrer Vor- und Nachgeschichte.

In diese Zeit nach 1983 fiel dann auch die Gründung des „Beirates für die Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein“, eines Projektes, dessen Spiritus Rector der Landtagspräsident Kurt Hamer (SPD) war. Der Beirat war keine eigentliche Mitgliederorganisation, sondern bildete einen kleinen Organisationskreis bei der „Gustav-Heinemann-Bildungsstätte“ in Bad Malente-Gremsmühlen, dem die Herausgabe einer Zeitschrift („Demokratische Geschichte“) und eines Informationsblattes sowie die Durchführung von Seminaren an eben jener (sozialdemokratischen) Bildungsstätte oblag. Für das Jahrbuch „Demokratische Geschichte“ war insbesondere der Anspruch auf Lesbarkeit und Bebilderung neu – es sollte eine echte Alternative zur herkömmlichen Geschichtspublizistik sein und insbesondere die nicht-bildungsbürgerlichen Schichten ansprechen. Beirat, AKENS und Arbeitskreis erfreuten sich nach der Barschel-Affäre und dem fulminanten Regierungswechsel 1988 einer institutionellen Förderung aus dem Landeshaushalt, was ihrer Arbeit großen Aufschwung gab.

Vor allem der Beirat begriff sich als „Geschichtswerkstatt“ und knüpfte damit an ein in Schweden entwickeltes Modell von lokaler Geschichtsbearbeitung mit starkem Laienelement („Grabe, wo Du stehst!“) an. Damit zeigte sich, dass die Entwicklungen auf landesgeschichtlicher Ebene in Schleswig-Holstein nicht isoliert abliefen, sondern auch Teil einer breiten, in der ganzen Bundesrepublik spürbaren Bewegung waren. Die Geschichtswerkstätten begriffen Ge-

schichtsschreibung als lokal verankerte, oral-history-basierte Basisbewegung, die nicht nur Erforschung, sondern auch Vermittlung umfassen sollte.

Sie wurden von der etablierten Geschichtsforschung (auch von deren damals exponierten Vertretern auf der Seite der Wirtschafts- und Sozialgeschichte wie etwa Hans-Ulrich Wehler, der über die Geschichtswerkstättenarbeit als „grüne Blasen“ sprach) gering geachtet und sogar bekämpft. Noch heute bestehen Geschichtswerkstätten, zumeist als im Rahmen von in Volkshochschulen etablierte und arbeitende Erinnerungsgruppen oder als semi-etablierte Arbeitsstellen ohne echte Breitenmitarbeit. In den 1980er Jahren wurde die Geschichtswerkstättenbewegung allerdings weitgehend getragen von stellenlosen, damals subjektiv perspektivlosen akademischen Nachwuchs-Historikern (die heute überwiegend „angekommen“ sind) und gepusht von einer Reihe von im Max-Planck-Institut für Geschichte hängengebliebenen (nicht mit Professorenstellen versorgten) „Nachwuchs“historikern (A. Lüdtkke, H. Medick, J. Schlumbohm).

Der Regierungswechsel von 1988 brachte gegenüber der Landesgeschichtsforschung auch einen Politikwechsel – sehr zum Leidwesen der mit der CDU allzu umstandslos verbundenen Amtsinhaber und Repräsentanten. SPD und dann Rot-Grün waren frei von Loyalitäten gegenüber ehemaligen Nazi-Tätern und daher offen für eine pointierte Förderung bestimmter Geschichtsbereiche: Arbeitskreis, AKENS und Beirat bekamen nun institutionelle Förderung; ebenso wurde der Grenzfriedensbund, ein kleiner, aber feiner Verein, der sich für die Förderung des deutsch-dänischen Zusammenlebens nicht nur in der Grenzregion einsetzt und die „Grenzfriedenshefte“ herausgibt, stärker gefördert. Hingegen war das Ende der Bevorzugung der konservativen Geschichtsinitiativen (SHHB und Deutscher Grenzverein) gekommen.

Eine der echten Großtaten der neuen Landesregierungen war die Gründung des „Instituts für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte (IZRG)“ in Schleswig, in dem die Erforschung des Nationalsozialismus, seiner Vorgeschichte und seiner Nachwirkungen in Lande befördert werden sollte. Vom politischen Gegner mit allen (auch unlauteren) Mitteln bekämpft, von der Landesuniversität und ihren Historikern misstrauisch beargwöhnt und intern durch ungeliebte Zwistigkeiten in der Anfangsphase teilweise gelähmt, hat sich das Institut in der Zwischenzeit dank der Arbeitsleistung seiner Mitglieder und dank seiner Publikationen voll etabliert und findet Anerkennung nicht nur im Kreis der vergleichbaren Einrichtungen in ganz Deutschland, sondern auch – was viel wichtiger ist – im Lande selbst. Es ist inzwischen ein reguläres Institut der Universität Flensburg geworden.

Allerdings wurde die institutionelle Förderung der genannten Vereine und Zusammenschlüsse nach dem Regierungswechsel zur CDU ab 2000 und angesichts anderer Prioritäten und ohnehin verknappter öffentlicher Mittel auch in der großen Koalition ab 2005

wieder zurückgedreht – allerdings ohne dass dies zum Ende der davon betroffenen Vereinigungen führte.

Ein auch bundesweit festzustellender Trend schlug seit den 1980er Jahren in Schleswig-Holstein durch. Hatte die strukturelle Wirtschafts- und Sozialgeschichte nach 1970 den Ton angegeben, so veränderte sich jetzt das Klima unter dem Einfluss ethnologisch-anthropologischer Ansätze relativ stark. In den Mittelpunkt traten nicht die großen, gesellschaftsbestimmenden Strukturen (Bevölkerungs-, Produktions-, Besitz- und Klassenstruktur), nicht die gesellschaftliche Schichtung, die Eliten, die Mobilität, nicht der Besitz an Produktionsmitteln in einer sich verändernden Wirtschaftsstruktur durch die Industrielle Revolution, sondern der einzelne Mensch in seinem Lebensvollzug und sozialen Umfeld. Mikrogeschichte, Psychogeschichte, neue Mentalitätsgeschichte, Frauen-, später Gendergeschichte wurden durch diese Anthropologisierung der Geschichtswissenschaft befördert, ohne dass andere Bereiche eliminiert wurden. Neben der als besonders fortschrittlich geltenden Geschichte des einzelnen Menschen und seiner engeren sozialen, wirtschaftlichen Umwelt konnte ebenso auch weiter Institutionen-, Geistes-, Ideen-, Politik- und „traditionelle“ Wirtschafts- und Sozialgeschichte betrieben werden. Eine Bedrohung von Sinn und Perspektiven der Landesgeschichte als einer Geschichte eines Zufallsterritoriums, das als quasi demiurgisch geschaffene Entität begriffen wird, ergab sich vor allem durch die Betonung der Regionalgeschichte, die eher nach nicht nur politisch-administrativ einheitlich strukturierten historischen Räumen fragt. Von nicht beschränkten Landeshistorikern wird diese Öffnung allerdings eher als Chance gesehen, mit der ein Zugewinn an Erklärungsmöglichkeiten für historische Entwicklungen verbunden ist.

Und heute? Nach den ideologischen Wirrungen des 20. Jahrhunderts kann man „Anything goes!“ sagen, wie es Sir Karl Popper in Anlehnung an Cole Porter schon in den 1970er Jahren formulierte. In der Forschung gibt es keine Dogmen und kaum noch historiographische „Schulen“ (ich denke etwa an die „Fischer-Schule“, die sich um den Hamburger Ordinarius Fritz Fischer, den bahnbrechenden „Entdecker“ der deutschen Mitschuld am Ersten Weltkrieg durch seine inzwischen ideologisch weit gestreuten Schüler bildete). Seilschaften aber funktionieren im landeshistorischen Bereich immer noch – und nicht nur im Bereich der Berufsperspektiven bietenden Institutionen, insbesondere der Universitäten.

Was heute immer mehr funktioniert, ist die Dekonstruktion von Geschichtsbildern oft mythischer Dimensionen: Heute ist deutlicher als je zuvor, dass auf den von bestimmten erkenntnisleitenden Interessen der Vorgänger determinierten Vorarbeiten nicht ohne weiteres aufgebaut werden kann, sondern dass diese Interessen zu massiver Verbiegung historischer Realitäten führen mussten. Das Beispiel des angeblichen Kernsatzes des Ripener Privilegs „dat se tosamende bliven up ewich ungedeeft“ mag hier für eine ganze Reihe ideologisch motivierter Fehleinschätzungen älterer Forschergenerationen stehen.

Auch die Landesgeschichte war lange nicht frei von apodiktischen interessegeleiteten Kernsätzen, deren Infragestellung im Rahmen einer korporativ agierenden Zunft zu Missachtung und Ausschluss führen konnte.

Und wir haben es mit einer Veränderung der Gesellschaft zu tun, in deren Rahmen auch Geschichte ihren Stellenwert stark ändert. Der Weg hat – wie es Thomas Hill beim Landesgeschichtlichen Colloquium der GSHG 2009 kurz umriss – gegenwärtig weggeführt vom klassischen Bildungsbürger (der bis etwa 1800 Geschichte als nützliches Wissen anerkannte, in den folgenden fast zweihundert Jahren 1800-1970 Geschichte als Bildungsgut ansah und seit etwa 1970 Geschichte als Erlebnis begreifen will), hin zum Eventkonsumenten („Was will ich? Wo bekomme ich es?“), der Miterleben, Mitfühlen, Hineinfühlen will. Diese Haltung, die auch die bildungsbürgerlichen Schichten überschreitet und viele weniger Gebildete erreicht hat, bedingt ein Zurücktreten des Rationalen und macht es für traditionelle Geschichtsvermittlung schwer, auch wenn die Forschung davon zunächst unbetroffen scheint. Allerdings werden wissenschaftliche Publikationen (und das merke ich auch an mir selbst) mehr und mehr nach zweierlei Maß bewertet: Einerseits die strenge wissenschaftliche Form (die heute angesichts der Bildungsdefizite der Absolventen – beginnend bei den Abiturienten, fortgesetzt durch die unsäglichen Bologna-Prozessfolgen – ohnehin stark aufweichen); andererseits die konsumierbare, geschmeidige Darstellung, mit der man etwa im Medienbereich (in den Druckmedien einerseits und im Rundfunk, Fernsehen und in den elektronischen Medien andererseits) Punkte sammeln kann und sich als mit dem „Infotainment“-Anspruch gegenüber der (Landes-)Geschichte kompatibel erweist!

Geschichtsvermittlung. Die heutige Situation ist dadurch gekennzeichnet, dass sich Wissenschaft und Forschung vom „wirklichen Leben“ getrennt haben, was schon allein durch die Wissenschaftssprache und die Voraussetzungen zum Betreiben von Wissenschaft evident ist. Spezialisten kommunizieren in allen Wissenschaften anders als Laien – und können oftmals nicht die Pferde wechseln!

Man denkt bei Geschichtsvermittlung in erster Linie an die Schule, weil das gemeine Urteil lautet: Nirgendwo sonst findet Vermittlung von Geschichtskennntnissen so kompakt und übersichtsartig (und dann bisweilen auch noch erstaunlich lange wirksam) statt wie in der Schule, insbesondere in der weiterführenden Schule. Aber: Viele – und oft stark getrennte – Wege führen zur Integration von Geschichtskennntnissen in den praktischen Lebensvollzug. Es gibt Spezialisten (nämlich die akademisch gebildeten Historiker), vorgebildete Laien und ungebildete Laien in fast allen Altersklassen (Jugendliche und Kinder können allerdings noch kaum Spezialisten sein). Die Möglichkeiten, sich Geschichtskennntnisse anzueignen und diese in ein lebensstaugliches Weltbild einzuordnen sind viele; mir scheinen die wichtigsten zu sein:

- schulischer Geschichtsunterricht,
- Fachpublizistik (Methoden, Quellen, Darstellungen),
- Medien: Zeitung, Zeitschrift (insbesondere Geschichtsmagazine), Rundfunk, Fernsehen,
- Belletristik (“historische” Romane) und Filme (“Historienfilme”),
- bildende Kunst (Gemälde, Plastiken),
- darstellende Kunst (Theater – vor allem Shakespeare und Schiller),
- Internet,
- Erwachsenenbildung (VHS, Akademien und Bildungsstätten wie Sankelmark und Malente),
- universitäres Studium.

Alle diese Möglichkeiten erfordern unterschiedliche Herangehensweisen und Methoden (sowohl der Produktion wie der Rezeption). Dies ist in allen Facetten nicht darstellbar, aber die meines Erachtens wesentlichen Linien lassen sich wie folgt ziehen: In der westdeutschen Gesellschaft müssen die Jahre zwischen 1945 und 1967 im Großen und Ganzen als „geschichtslose“ Zeiten gelten. Zwar gab es universitäre Forschung, aber wenig Resonanz in der Bevölkerung. In den 1960er Jahren fragte Fritz Fischer in der „Zeit“: Stirbt die Geschichte (gemeint: der Geschichtsdiskurs)? Die Menschen – so könnte man mutmaßen – waren satt von Geschichte, da sie sich in den Jahren 1933-1945 als leicht missbrauchbar und schwer missbraucht erwiesen hatte. Ein unmittelbares Interesse an der Verarbeitung des Zweiten Weltkrieges war zwar vorhanden (ablesbar an „Dokumentationen“ in der Illustrierten „Kristall“, an Carrells „Sie kommen“, an den unsäglichen Romanen von Konsalik, an „Landsers“- und „Soldatenheft“-Heftchen; Ausnahmen gab es auch, so Wickis Film „Die Brücke“, Plieviers Russlandkrieg-Darstellungen und wenige andere meist früh nach dem Krieg erschienene kritische Darstellungen); dies Interesse wurde aber für ein Massenpublikum kaum je ernstzunehmend befriedigt. Das hat selbstverständlich auch mit der politischen Großwetterlage (Feindbild UdSSR/„Ostblock“, Wiederaufrüstung der BRD) zu tun, in die das Schüren sinistrierender Ängste vor den „Sowjets“ auch in historischer Perspektive durchaus passte.

Die Geschichtsvermittlung in der Schule erfolgte wie aller anderer Unterricht auch frontal, das heißt ganz überwiegend durch Lehrervortrag und Lektüre der Lehrbücher. Sie war zumeist auf die politische Geschichte ausgerichtet. (Eine Ausnahme bildete der Heimatkundeunterricht in der 3. und 4. Volksschulklasse, der Grundschule. Hierfür gab es eine lange methodische Tradition, die bereits in der Kaiserzeit begann und in den 1920er Jahren unter dem Zeichen der Reformpädagogik mit didaktischen Vorarbeiten unter anderem von Wilhelm Ehlers eine gewisse Blütezeit hatte.) Ansonsten orientierte sich der Geschichtsunterricht an „Staaten“, Herrschern, Kriegen und anderen Großereignissen sowie Staatsverträgen. Von zentraler Be-

deutung war ein gewisser Kanon von Geschichtsdaten, der schon in preußischer Zeit in den Lehrplan integriert worden war. Hier waren die wichtigsten Daten der „Nationalgeschichte“ versammelt – von der „Schlacht im Teutoburger Wald“ bis zum „Versailler Vertrag“.

Gesellschaftsgeschichte, Wirtschaftsgeschichte und Kulturgeschichte spielten eine nur geringe Rolle oder wurden besser ganz vernachlässigt. Und nur im Ausnahmefall gab es Bezüge zur Landesgeschichte. Zeitgeschichte kam gar nicht vor und wurde aus verständlichen Gründen von der älteren Lehrgeneration, die im schlimmsten Fall noch ihre eigenen, unreflektierten Kriegserlebnisse anekdotenhaft wiedergab, vermieden. Für viele Schüler war diese Form von Geschichtsunterricht extrem trockener und harter Stoff. Selten wurde eine Verbindung zwischen dem Lehrstoff und der eigenen Lebensumwelt und -wirklichkeit hergestellt. Es handelte sich um abstrakte Geschichtsvermittlung, mit der man in der Regel keinen Zugang zur Geschichte finden kann. Die Folgen erleben wir heute in der freien historischen Bildungsarbeit, wo wir es mit Menschen zu tun haben, die in fortgeschrittenem Alter endlich etwas erfahren wollen, was man ihnen in der Jugend zwar nicht verweigert, aber mit Schwung verleidet hat.

Mit der kleinen Kulturrevolution von 1967 ff. änderte sich der Anspruch an Geschichtsvermittlung (ich spreche jetzt nicht von den „roten Blasen“, also der vulgären Übertragung des „Historischen Materialismus“ in die Geschichtsvermittlung im Dienste der bewusstseinsmäßigen Revolutionierung der Massen). Es sollte jetzt gehen um:

- Die Strukturen früherer Gesellschaften (unter anderem ihre Wirtschaftsformen) und
- die lange wirkenden Entwicklungslinien, aus denen die Gegenwart zu erklären wäre.
- Ereignisse sollten abgeleitet werden aus Strukturen (Krieg, Revolution).
- Die Betonung gesellschaftlicher Antagonismen, also der Spannungen zwischen arm und reich, unten und oben, Knecht und Herr stand im Vordergrund.
- Das Ende des Beschweigens der jüngsten Vergangenheit (Nationalsozialismus, Interessen bei der BRD-Gründung, Renazifizierung von Politik und Verwaltung, KPD-Verbot) sollte befördert werden.

Gekoppelt damit waren die von der jüngeren Lehrgeneration eingebrachten neuen didaktischen Methoden: Auflösung des Frontalunterrichts, Gruppenarbeit, Projektunterricht. Das Ziel war: Befähigung der Schüler zu eigenständiger, kritischer Reflexion historischer und kontemporärer Sachverhalte; der Geschichtsunterricht sollte dazu beitragen, aufgeklärte, mündige, politisch verantwortungsvoll agierende Bürger heranzubilden, die sich kritisch in die Gestaltung von Gesellschaft und Politik einmischten. Leider kam das häufig mit doktrinärem Habitus daher, was wiederum zu Ablehnung (vor allem in den 1980er und 1990er Jahren) führte – und man-

chen Junglehrer, der voller Elan war, aber nicht genug Ausdauer bewies, in die Resignation trieb.

Neben dem Widerstand in den eigenen Schulkollegien – hier vollzog sich der personelle Wechsel der Generationen ja auch nur sukzessive – waren auch die Lehrpläne nicht immer hilfreich. Der Blick auf die langen Entwicklungslinien unserer Gesellschaft wurde durch stärkere Betonung des Exemplarischen aufgelöst: Am Beispiel sollten die Schüler lernen und die Lernergebnisse vom Beispiel auf den historischen Prozess übertragen. Vor diesem Hintergrund war die Sorge um den Verlust der Landes- oder Regionalgeschichte durch Verkürzung des Geschichtsunterrichts und Exemplifizierung historischer Entwicklungsschritte an europäischen Erscheinungsformen (also: Bürgerliche Revolution in Frankreich, Industrialisierung in England) berechtigt.

Andererseits: Wo ist das überzeugende Hilfsangebot für die Lehrer und anderen Geschichtsvermittelnden? Der mehr oder minder professionelle Landeshistoriker sagt: „Es gibt jede Menge auch moderne Literatur, an der man sich orientieren kann!“ – Nur: Wer liest die (und kann sie bei der elaborierten Sprache der Geschichtswissenschaft überhaupt noch lesen)? Wir brauchen gute, auf dem neuesten Stand befindliche Unterrichtshandbücher zur schleswig-holsteinischen Geschichte, wie sie jetzt gerade auf den Markt gekommen sind; dazu Unterrichtsmaterialien, Folien, digitale Hilfen und Anderes mehr. Nun kann man sich fragen: Ist das Aufgabe der Landesgeschichtsforschung? Wohl eher nicht, aber die Landesgeschichtsforschung muss bereit sein, sich der Vermittlungsaufgabe gemeinsam mit Fachdidaktikern, Verlagen, Film- und Hörspielproduzenten, Herstellern interaktiver elektronischer Medien (mit Spiel-, Spaß- und Spannungselementen) zu stellen.

Es wird höchste Zeit, denn der Bedarf ist groß: Wir bemerken es einerseits bei der Nachfrage nach Ortsgeschichte(n), die in den letzten 30 Jahren geradezu explosionsartig angewachsen ist. Menschen wollen historische Informationen über ihre Wohn- oder Geburtsgemeinde, sie wollen wissen, woher sie kommen und wie die Strukturen und Zeichen ihrer Lebensumwelt zu deuten sind. Andererseits kann man die Nachfrage nach billiger „historischer“ Unterhaltung (Romane, Filme) nicht übersehen.

Dieser Sektor, der gegenwärtig massenhaft, aber qualitativ eher schlecht bedient und oft fälschlicherweise als historisch bildend angesehen wird, dabei aber nichts weiter als die Kostümierung von Erscheinungen der Gegenwart und deshalb affirmativ, aber nicht aufklärend ist, zeigt aber, dass Menschen sich für „Geschichte“ interessieren.

Hinzu kommt unter den gegenwärtigen medialen Einflüssen eine starke Nachfrage nach historischen Bildern. Die erste historische Zeitschrift im Lande, die sich dieser Aufgabe gestellt hat, ist diese Zeitschrift „Demokratische Geschichte“, herausgegeben vom Beirat für die Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein. Inzwischen haben viele Publikationen zur Geschichte

einen deutlichen Bildanteil – aber immer noch gibt es reine „Buchstabenwüsten“. Wie ansprechende Geschichtszeitschriften und -bücher gemacht werden, kann man übrigens gut von unseren dänischen Nachbarn lernen!

Ebenso ist ein Wandel der Museumsgestaltung zu konstatieren. Nachdem man in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vor allem Sammelsurien schuf, die noch ganz im Stile älterer „Kabinette“ vor allem Verwunderung und Staunen hervorrufen sollten, kam es nach 1970 bei Umgestaltungen und Neueinrichtungen zunächst zu einer überdeutlichen Strukturierung mit stark wirtschafts- und sozialgeschichtlichem Appeal. Erst später kam es wieder zu einer Berücksichtigung kulturgeschichtlicher Aspekte. Museen in neuem Gewande konnten ganz unterschiedlich aussehen; alternative Beispiele sind Arnold Lühnings landwirtschaftliche Gerätesammlung beim Landesmuseum in Schloss Gottorf (reine Objektausstellung) im Gegensatz zu Nis Nissens didaktisch inszeniertem Landwirtschaftsmuseum in Meldorf. Ich mochte beide Museumsmacher und fand beide Ausstellungen äußerst gelungen. Heute müssen neue ortsgeschichtliche Sammlungen und Ortsmuseen ohne große Geldmittel auskommen – die Zeit der Gründereuphorie ist vorbei, viele kleine Häuser kämpfen bei ausbleibender Stützung durch die öffentliche Hand mit dem Überleben und können das Lied von der „Erwirtschaftung“ ihrer Unterhaltsmittel nicht mehr hören.

Das Vermittlungsangebot wird durch eine ganze Reihe populärer historischer Zeitschriften zur Archäologie („Archäologie in Deutschland“), Geschichte („Journal für Geschichte“, „P.M. History“ – in Dänemark „Siden Saxo“ und „Skalk“), Denkmalpflege („DenkMal!“, „Monumente“) und darüber hinaus („National Geographic“-Magazin), durch historische Sachbücher, durch Museums- und Ausstellungsbesuche und Wahrnehmung historischer Vorträge und Veranstaltungen (etwa in den Volkshochschulen und Bildungsstätten beziehungsweise „Akademien“ wie in Bad Malente, Leck und Sankelmark) ergänzt. Dennoch bleibt die nüchterne Feststellung: Auch unter Bedingungen eines breiten, gleichwohl verbesserungswürdigen Angebots ist der Anspruch auf Massenvermittlung von Geschichte wohl nicht realisierbar.

Auf der Ebene des elektronischen Informationsangebots stehen neben zahlreichen zumeist touristische Interessenten adressierenden Ortseinträgen, die oft munter der Verlängerung der ortsüblichen Legendenbildung dienen (also die alten und jungen Mythen der Ortsgeschichte weitergeben) und sachliche historische Informationen vermissen lassen, nur wenige verlässliche Informationen. Die Homepages von GSHG, AK, AKENS und IZRG sind hingegen fast problemlos; am weitestgehenden ist heute das vom IZRG und der Syddansk Universitet gemeinsam entwickelte VIMU (Virtuelles Museum) mit Sachinformationen in Form von erklärenden Texten, historischen Text- und Bildquellen, Filmen und Tondokumenten. Projekten wie diesem wünscht man eine häufigere Nutzung – vor allem für Zwecke der historischen Bildung.

Wir in Schleswig-Holstein sind gegenwärtig hinsichtlich der Informationsmöglichkeiten zur Geschichte ziemlich verwöhnt – es gab nie so viele historische Publikationen im Lande wie gegenwärtig, und es gab auch nie vorher so viele Vortrags- und andere, selbst elektronische Bildungsangebote zu Landesgeschichte und allgemeiner Geschichte. Und dennoch: Der Kampf um die Gewinnung des breiten Publikums muss weitergehen. Geschichte muss in der Gesellschaft als kollektives Gedächtnis präsent werden und bleiben; denn nur aus den Vergleichssituationen der Geschichte können wir ein Inventar von Möglichkeiten für erfolgversprechendes soziales und politisches Handeln auch in schwierigen aktuellen Entscheidungssituationen gewinnen – das ist genauso wie im individuellen Leben: Ehne Erinnerung an die eigene Entwicklung wird man orientierungslos.

Vertreter der Landesgeschichte an der Landesuniversität

außerordentliche Professur für Landesgeschichte

Ernst Daenell	1907-1914	6 Jahre
---------------	-----------	---------

Lehrauftrag für Landesgeschichte

Otto Brandt	1920-1924	4 Jahre
-------------	-----------	---------

Inhaber des Lehrstuhls für Landesgeschichte

Otto Scheel	1924-1945	21 Jahre
-------------	-----------	----------

Alexander Scharff	1952-1972	20 Jahre
-------------------	-----------	----------

Christian Degn	1972-1976	4 Jahre
----------------	-----------	---------

Erich Hoffmann	1976-1994	18 Jahre
----------------	-----------	----------

Thomas Riis	1994-2006/8	12/14 Jahre
-------------	-------------	-------------

(abgeschmolzen auf kleine Professur)

Oliver Auge	2009-	
-------------	-------	--

